

# Der Tagesspiegel

27.04.2010 02:00 Uhr Von Christoph Stollowsky

STEGLITZ-ZEHLENDORFARTIKEL

## Bezirk wehrt sich gegen Tabakwerbung

Umstritten. Das Werbeplakat provoziert Proteste. Foto: Spiekermann-Klaas

**Die Behörden in Steglitz-Zehlendorf gehen gegen eine Plakatkampagne eines Zigarettenherstellers vor, auf der die stilisierten Gesichter von Jugendlichen zu sehen sind. Hintergrund: Das deutsche Tabakgesetz untersagt Werbung, die Jugendliche zum Rauchen verführen könnte.**

Johannes Spatz vom Berliner „Forum Rauchfrei“ ist sichtlich zufrieden. „Das ist eine Premiere“, sagt er. „Erstmals geht ein Bezirk konsequent gegen unlautere Tabakwerbung vor.“ Das Lob des Anti-Raucher-Aktivisten gilt der Wirtschaftsstadträtin von Steglitz-Zehlendorf, Barbara Loth (SPD). Ihren gemeinsamen Unmut erregt eine derzeit in Berlin geklebte Tabakwerbung von Benson & Hedges, auf der stilisierte Gesichter junger Leute zu sehen sind. Gegen dieses Plakat will Barbara Loth nun exemplarisch ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten. Juristisch beruft sie sich dabei auf das deutsche Tabakgesetz. Danach ist Werbung untersagt, deren Aufmachung Jugendliche und Heranwachsende zum Rauchen verführen könnte.

Den Anstoß zum Verfahren gab eine Anzeige des Forums Rauchfrei beim Bezirk. Die Initiative, die sich seit mehr als zehn Jahren für ein rauchfreies Berlin einsetzt, verweist auf Paragraph 22 des Tabakgesetzes. Darin heißt es: „Werbung ist verboten, die ihrer Art nach besonders dazu geeignet ist, Jugendliche oder Heranwachsende zum Rauchen zu veranlassen.“ Zugleich erinnert das Forum an eine Selbstverpflichtung der Zigarettenindustrie.

In diesem Kodex erklären die deutschen Hersteller, man werde nicht mit Modellen werben, die unter 30 Jahre alt sind oder entsprechend jung wirken. Letztlich geht es dabei um die sogenannte Imagewerbung – also um Plakate, die an Gefühle appellieren, Identifikationsbilder vorgeben und suggerieren, so Johannes Spatz, „zu einem attraktiven Lebensstil gehöre die entsprechende Kippe“. Steglitz-Zehlendorf sieht bei der „B&H“-Werbung einen solchen Verstoß. Ob das geplante Ordnungswidrigkeitsverfahren aber rechtlich haltbar ist und die Plakate letztlich entfernt werden müssen, kann derzeit niemand sagen.

Sollte sich der Tabakkonzern wehren, muss erst einmal geklärt werden, ob die umstrittenen Gesichter auf den Plakaten im Sinne des Verbotes zu bewerten sind, also

Jugendliche tatsächlich unterschwellig ansprechen. Eine längere juristische Auseinandersetzung wäre die Folge. Bis zur Entscheidung werden die gerügten Plakate voraussichtlich schon längst wieder verschwunden sein, in der Regel dauern solche Werbekampagnen nur einige Wochen.

Plakate sind der Tabakindustrie als einzige Reklameplattform geblieben, nachdem Zigarettenwerbung in Medien und im Internet 2007 EU-weit untersagt worden war. Ob Plakatwerbung fürs Rauchen wie auch für Alkoholika allerdings wirklich Jugendliche zum Qualmen und Trinken verlockt und Verbote Sinn machen, ist höchst umstritten. Das Forum Rauchfrei beruft sich beispielsweise auf eine repräsentative Studie des Institutes für Therapie- und Gesundheitsforschung in Kiel unter Schülern. Nach der 2009 veröffentlichten Untersuchung konsumieren Jugendliche mit häufigen Werbekontakten auch die meisten Alkoholika. Und die Leiterin der Berliner Fachstelle für Suchtprävention, Kerstin Jüngling, sagt: „Alkohol- und Tabakwerbung wirkt imagebildend für junge Leute. Das ist belegt.“

Die Gegenseite argumentiert, Plakate verführten nicht zu mehr Konsum, es gehe bei dieser Werbung nur um Marktanteile. Exzessives Rauchen und Trinken seien gesellschaftliche Probleme, die man nicht durch Verbote lösen könne. Dieser Meinungsstreit geht auch quer durch die Bezirks- und Landespolitik, weshalb Kreuzberg-Friedrichshain schon Ende 2008 bei einem Vorstoß gegen Alkohol- und Tabakwerbung ausgebremst wurde. Der Bezirk hatte beschlossen, entsprechende Plakattafeln zumindest von bezirkseigenen Gebäuden sowie von Gehwegen und Mittelstreifen zu verbannen, die in seine Zuständigkeit fallen. Dies wird seither nach und nach umgesetzt.

Als Friedrichshain-Kreuzberg aber versuchte, auch andere Bezirke für einen solchen Schritt zu gewinnen, bekam es im Rat der Bürgermeister eine Abfuhr. Die Skeptiker waren in der Mehrheit.